

Schlesische

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“
„Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genosfin“

Anzeigenpreise: Die 9-spaltige Millimeterzeile über deren Raum 400.— Mtl. Stellen- und Wohnungsgeluche, Familienanzeigen, Vereins- und Besammlungsanzeigen 150.— Mtl. Kleine Anzeigen per Wort 25.— Mtl. — Kollonnenpreis: Die Millimeterzeile 4-spaltig über deren Raum im Text 800.— Mtl.

Freitag, den 20. Juli 1923

Bezugspreis: Durch Mitglieder 4000.— Mtl. pro Woche, Durch die Post 6500.— Mtl. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat Juli. Redaktion und Expedition: Breslau, Trebnitzerstr. 50. — Postfach 1017. Breslau Nr. 510 20. — Fernsprecher: Breslau, Ring 6827.

„Die Musterung des roten Heerbannes“

Die schlesischen Fasziisten zum Blutbad gerüstet / Verschärfung im Metallarbeiterstreit / Die Streiks in Schlesien

Breslau, 20. Juli.

Die SPD. für und gegen proletarische Hundertschaften

Breslau, 20. Juli.

Der sozialdemokratische Parteivorstand kommentiert die Meldung, er habe zur Bildung gemeinsamer proletarischer Hundertschaften mit der KPD im ganzen Reich aufgefordert. Er nennt die Meldung der „Dresdener Volkszeitung“ eine „Fälschung, wie sie in der Weltgeschichte einzig dastehet“. Der Parteivorstand gibt aber in seiner Erklärung kund, daß es „eine Fälschung im guten Glauben“ gewesen wäre. Das Zirkular existiere zwar, sei aber von der sozialdemokratischen Redaktion in Dresden nicht verstanden worden.

Es bleibt dabei recht unklar, was denn nun eigentlich in dem vorhandenen Zirkular gestanden hat und

Was der sozialdemokratische Parteivorstand gegen den drohenden Fasziismus zu tun gedenkt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen die Veröffentlichung des Zirkulars ihres Parteivorstandes fordern.

Gegen das Verbot der proletarischen Hundertschaften

Eilenburg, 20. Juli.

Das Gewerkschaftskartell Eilenburg hat in einem Schreiben an den Vorstand des UDBG und an die Reichs- und Landtagsfraktionen der SPD und KPD die Aufhebung des Verbotes der proletarischen Hundertschaften gefordert.

Verbot des Antifasziistentages in Braunschweig

Braunschweig, 20. Juli.

Die Abhaltung des Antifasziistentages am 29. Juli wurde von der braunschweigischen Regierung, in der bekanntlich Sozialdemokraten sitzen, verboten.

Fasziistentreiber. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ gibt einen Überblick über die verschiedenen reaktionären Organisationen, die hemsien, wie groß die fasziistische Gefahr in Weisbach ist und insbesondere in Leipzig ist. U. a. teilt sie auch mit, daß die Amtshauptmannschaft Leipzig unterflüßte für die Reichswehr ermittelt. Es wird sich zu erweisen haben, in welchem Auftrag und zu welchem Zweck die erwähnten Ermittlungen angestellt werden.

„Die Musterung des roten Heerbannes“

Die bürgerliche, speziell aber die deutschnationale Presse in Schlesien gerät wegen des von der Kommunistischen Partei am 29. 7. angekündigten Antifasziistentages in besinnungslose Wut und verucht, eine Pogromhese gegen die Kommunisten zu entfalten. Ganz besonders tut sich hierbei die „Schlesische Tagespost“, das Organ der deutschnationalen Großagrarier, hervor. Das Orgeschblatt schreibt:

Die Kommunisten wollen am 29. Juli in ganz Deutschland aufmarschieren. Sag für Sag fordert die „Rote Fahne“ auf, die Betriebe zu alarmieren, um am 29. Juli die kahlfahnte Entschlossenheit ihrer Anhänger zu zeigen, das fasziistische Bürgerkriegsgesinde zu Paaren zu treiben. Es ist auffällig, daß weder die sozialistische noch die demokratische Presse von den offenen Vorbereitungen für den Putsch irgendwelche Notiz nimmt. Noch auffälliger, daß die zuständigen Behörden mit gekreuzten Armen dastehen. Was

die Kommunisten am 29. Juli planen, ist nicht eine Kundgebung gegen das „Fasziistengefindel“, sondern die Musterung des roten Heerbannes, wobei die Musterung unter Umständen auch in den offenen Kampf ausarten kann.

Um die Angehörigen der Orgesch zu weiteren Rüstungen aufzuputtschen, schwindelt das Junterblatt, daß die Kommunisten über gewaltige Waffenbestände verfügen. Es leistet sich ferner eine schamlose Hebe gegen Karl Radel und lügt, daß sich derselbe noch immer in Deutschland aufhalte, um die Bewegung in Fluß zu halten, die am 29. Juli über alle Ufer und Dämme brechen soll.

Die Dreistigkeit der Fasziisten geht noch weiter. Die Ankündigung des Antifasziistentages am 29. Juli genügt den Drahtziehern der Ueberfall auf friedlich demonstrierende Arbeiter aufzufordern. Das Junterblatt schreibtschlesischen Orgesch, um ihre Anhänger zum „Es gibt in Deutschland keine fasziistischen Gesellschaften, gegen die am 29. Juli Kundgebungen veranstaltet zu werden brauchen (wer lacht da nicht), wohl aber gibt es staatlich und national gesinnte Massen, die sich den kommunistischen Teufelsputz nicht gefallen lassen, sofern die zuständigen Behörden und Stellen die gekreuzten Arme nicht auseinandernehmen, um das zu tun, was Verfassung und Gesetz fordern. Das ist das unverzügliche Verbot der kommunistischen Herausforderung am 29. Juli.“

Die schlesischen Fasziisten fordern also klar und eindeutig, daß die Regierung den Antifasziistentag verbieten soll und droht für den Fall, daß dieses Verbot nicht erfolgt, mit dem Ueberfall der demonstrierenden Arbeiter durch die Orgeschformationen.

Die schlesischen Arbeiter wissen, wie es mit der nichtbefehlenden fasziistischen Gefahr in Schlesien aussieht. Sie wissen, daß die konterrevolutionäre Gefahr im März 1920 nicht nur, wie es selbstverständlich ist, von den Junkern abgelehnt wurde, sondern auch von den Behörden als nicht bestehend bezeichnet wurde.

Wenige Tage später lachten sich die Junker ins Häuschen, als die Ehrhardt-, Aulock- und Löwenhardtbanden in Breslau und anderen Städten einmarschierten und die Arbeiter in bestialischer Weise niederknüttelten.

Jetzt Breslauer Arbeiter, die in jenen Tagen von dem fasziistischen Mordgefindel abgeschlachtet wurden, sind immer noch nicht aufgefunden worden. Wohl fand man die verstümmelten Körper von Bernhard Schottländer und Demmig, aber die Mörder der 12 Opfer der Raptage laufen heute noch frei herum!

Wollen die schlesischen Arbeiter warten, bis die bewaffneten Truppen der Konterrevolution wieder in Breslau und anderen Orten mit Roh und Droh aufmarschieren und ihre Drohung, jeden zehnten Arbeiter abzuschlachten, wahr machen? Wollen sie warten, bis der sozialdemokratische Oberpräsident Zimmer so hilflos wie letzterzeit sein Parteigenosse und Vorgänger Philipp handerlingend erklärt: „es sei zu spät und nichts mehr zu machen?“

Alle diejnigen Arbeiter, die entschlossen sind, der schlesischen Reaktion zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, sich widerstandslos abschlagen zu lassen, befunden ihren Kampfeswillen gegen den Fasziismus dadurch, daß sie schon heute für den Antifasziistentag rüsten.

Die „Schlesische Tagespost“ gehört gewiß zu den erbärmlichsten bürgerlichen Augenblättern,

aber in einem Punkte soll und muß sie recht behalten: Der 29. Juli soll nicht nur eine Kundgebung gegen das Fasziistengefindel sein, nein, er muß mehr bedeuten, er muß tatsächlich die Musterung des roten Heerbannes werden. Die schlesischen Arbeiter und Arbeiterinnen, ohne Unterschied der Partei, müssen in solchen Mengen aufmarschieren, daß den Fasziisten Hören und Sehen vergeht.

Darum: Rüstet zum 29. Juli!

Zum Blutbad gerüstet!

Aus Altwasser geht uns folgender Bericht zu:

Am 15. Juli, abends gegen 8 Uhr, sahen einige Genossen Trupps von bürgerlichen Jugendvereinen, Damen und Herren mit Wimpeln und verdeckten Fahnen am Fuße des Hochwaldes bei Weißstein entlang ziehen. Das veranlaßte die Kameraden, diesen Trupps nachzulaufen, und siehe da, es ging auf den Hochwald. Oben angekommen, sahen sie, daß schon eine Anzahl solcher Vereine anwesend war. Es mochten ungefähr 500 Personen teilnehmen. Die Wimpel, die sie bei sich hatten, waren schwarz-weiß-rot, zum Teil mit dem Hakenkreuz, zum Teil mit dem Totenkopf geschmückt. Die verdeckten Fahnen wurden bis auf eine enthüllt, sie schwaren schwarz-weiß-rot. Es wurde Befehl gegeben, ein Feuer anzuzünden, was auch geschah. Jetzt wurden die Ortschaften aufgerufen: Waldenburg, Schweidnitz, Dreissenberg, Breslau usw. Die Ortschaften standen geschlossen ums Feuer. Da brachte ein Herr eine verdeckte Fahne und begann mit einer Ansprache, daß sie zusammengelommen wären, um die Fahne für Waldenburg zu enthüllen. Es sei notwendig, daß man auch in Waldenburg die vaterländischen Organisationen zusammenstelle, endlich müßten wieder geordnete Verhältnisse im geliebten Vaterlande geschaffen werden, aber erst müßte der innere Feind, die rebellierende Arbeiterschaft, niedergeschlagen werden.

bevor man an den Ruhrfeind denken und den Kampf gegen ihn aufnehmen könne usw. Die Fahne wurde mit dreimaligen Hochrufen enthüllt. Sie war schwarz-weiß-rot, auf der Rückseite des Hakenkreuz mit den Worten an jeder Ecke: „Nord, Süd, Ost, West.“ Dann wurde gesungen: „O Deutschland hoch in Ehren“ und die eberrinische Nationalhymne: „Deutschland, Deutschland über alles.“ Es war nach 11 Uhr, als die Trupps zurückzogen und ihre Fahnenweiche in verschiedenen Lokalitäten begeben.

1 Zentner Kohlen 101480 Mark

Der Magistrat in Breslau teilt mit, daß infolge der außergewöhnlich hohen Preissteigerungen, die nicht nur die polnischen und deutschen Gruben vorgenommen haben, eine abermalige erhebliche Erhöhung der Kleinhandelspreise notwendig geworden sei. Binnen Monatsfrist sind die Kohlen um 78 650 Mark für den Zentner gestiegen, denn am 20. Juni kostete der Zentner noch 22 830 Mark. Das ist eine Steigerung um 340 Proz. Die Proleten brauchen keine Kohlen! Der Kohlenwucher zieht nur einen kleinen Rattenchwanz weiterer Preissteigerungen nach sich, die die Proleten wohl schon noch zahlen können. Fragt sich nur, wie lange noch?

Die schlesischen Holzarbeiter, die bereits vor 10 Tagen im Ausstand waren, sind nach gescheiterten Lohnverhandlungen am 19. abermals in den Streit getreten.

In Waldenburg haben die Transportarbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Streik der Breslauer Zimmerer ist beigelegt.

Die Lage im Metallarbeiterstreit hat sich insofern verschärft, als heute die Arbeiter von fünf Kleinbetrieben ebenfalls in den Streit getreten sind.

Es ist möglich, daß diese Arbeitsniederlegung die von den Unternehmern bereits angedrohte Aussperrung zur Folge haben wird.

Die bestreikten Großbetriebe haben den Arbeitern die Kündigung mit der Aufforderung, die Papiere abzuholen, zugesandt.

Obwohl die Kampfesstimmung der Streikenden gut ist, veräunnt die Ortsleitung des Metallarbeiterverbandes, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die im Interesse eines siegreichen Kampfes notwendig sind.

Anstatt Massenversammlungen der Streikenden einzuberufen, veranstaltet sie an den Ecken der Stadt kleine Bezirksversammlungen.

Der Kampf gegen die Kiste der kommunistischen Kollegen zum Verbandstag ist den Führern schindbar wichtiger als die Führung des Streikes.

Die Breslauer Ortsleitung berief für gestern abend eine Mitgliederberammlung ein, in welcher Post-Stuttgart in einem stundenlangen langweiligen Referat all die Hundertmal wiederlegten Tiraden gegen die kommunistische Gewerkschaftsarbeit wiederholte. Dagegen tut die Ortsleitung nichts, um in Fühlung mit den breiten Massen der Streikenden zu bleiben. Die Streikleitung lehnt sich aus den Obliegen des Verbandes zusammen; eine Streikleitung unter Hinzuziehung der Vertreter der großen Massen der Streikenden ist bisher nicht gewählt worden. Die Vertreter des Hauptverbandes aus Stuttgart verübnete gestern abend die neue gewerkschaftliche Weisheit, daß Streiks nur bei brülicher Begrenzung mit Erfolg geführt werden können.

Diese neue Taktik soll offenbar bei dem schlesischen Metallarbeiterstreit angewendet werden, denn bisher sind nur die Metallarbeiter in Breslau und Rathbor im Streit.

Obwohl die gesamte schlesische Arbeiterschaft mit den Streikenden sympathisiert, hat es die Verbandsleitung bisher nicht verstanden, diese Sympathie in den Dienst des Streikes zu stellen.

Die Massen der Streikenden müssen dafür sorgen, daß mit dieser Methode der „Kollaborierung“ und „Sämpfung des Streikes“ sofort gebrochen wird und die Gewerkschaftsführer gezwungen werden, den Kampf auf breiterer Grundlage zu führen. Soll der Streik nicht verloren gehen, so muß das in den ersten vier Tagen des Streikes Veräunnte sofort nachgeholt werden.

Vor allen Dingen müssen die Metallarbeiter in den bestbeschäftigten Betrieben, nämlich in den Automobilfabriken sich sofort den Streikenden anschließen.

Obwohl auch diese Kollegen genau so Hunger leiden wie die Streikenden und die Sache der Streikenden auch ihre ureigenste Sache ist, haben sie bisher aus Furcht, daß der Streik für „wid“ erklärt werden könnte, von einer Arbeitsniederlegung Abstand genommen.

Wo bleibt die Solidarität? Nach der übereinstimmenden Ansicht aller kampferfahrenen Kollegen kann der Streik nur

mann negativ geführt werden, wenn die Metallarbeiter aller Betriebe — ohne Unterschied der Branche — sich spontan zum Kampf entschließen.

Breslauer Metallarbeiter! Seht auf den Fehlern des Berliner Metallarbeiterstreiks, der durch zaudernde, verschleppende Taktik der Führer und geläufiges Vertrauen der Massen verloren ging!

Provolationen im Metallarbeiterstreik

Die deutschnationalen „Schlechte Tagespost“ bringt folgende Meldung „von maßgebender Seite“ aus Berlin:

„In unterschiedlichen Kreisen nimmt man an, daß der in Schläfen ausgebrochene Metallarbeiterstreik der Anfang einer neuen Taktik der Kommunisten sei, die, nachdem der Metallarbeiterstreik in Berlin nicht zu ihrer Zufriedenheit verlief, jetzt darauf hinarbeiten, im Lande durch Zellstreiks, namentlich an den Orten, wo das Verhältnis zwischen den Unternehmern und Arbeitern gebannt ist, eine gereizte Stimmung herbeizuführen, um am 29. Juli, dem Tage, da in ganz Deutschland kommunistische Demonstrationen stattfinden sollen, die angestrebte, durch die Streiks in Fluß geführte Einstellung zur Einleitung bringen zu können und Zwischenschläge herbeizuführen, die den allgemeinen Kampf einleiten könnten. Man ist nun seitens der Regierung und der Gewerkschaften bemüht, die Streiks, wo sie bewirkt erscheinen, dadurch schnell bezulegen, daß die Unternehmer zum Nachgeben veranlaßt werden und so die kommunistische Taktik durchkreuzt wird, dort aber, wo es sich um sogenannte milde Streiks handelt, mit den zulässigen Mitteln einzuschreiten.“

Daß der Hinweis auf die neue Taktik der Kommunisten ein hinderndes Gefäß eines deutschnationalen Hundstagsgefühls ist, weiß jedes Kind in Breslau. Aber man muß die Meldung richtig lesen, auch mit dem, was zwischen den Zeilen steht. Sie bedeutet dann, daß die Faschisten große Lust hätten, die streikenden Metallarbeiter zu provozieren, um sie unter dem Vorwand, es ginge gegen die Kommunisten, hin zu niederschlagen. Die Metallarbeiter werden sich aber nicht provozieren lassen, sondern — einschüchtern alle Abwehrmaßnahmen zu treffen wissen, um nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Kettenhunde, die Faschisten, zu beslegen.

Eisenbahnarbeiter mit den streikenden Metallarbeitern solidarisch

Breslau, 19. Juli. Eine am Donnerstag, den 19. Juli, im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes nahm auf Antrag des Kollegen Ferdinand (KFS) eine Resolution einstimmig an, in der die kämpfenden Metall-, Holz- und Transportarbeiter die Solidarität der Eisenbahner angefordert wird.

Die Eisenbahner erklären sich in der Resolution bereit einem evtl. Auf, in den Kampf einzutreten, sofort Folge zu leisten.

Gleichzeitig wird in der genannten Resolution der Ortsausschuß des DGB angefordert, dafür zu sorgen, daß der Metallarbeiterkampf beschleunigt und dadurch ein Sieg der Streikenden möglich wird.

Dollar 332 000

Berlin, 20. Juli. In Berlin kam es gestern zu einer großen Krise am Devisenmarkt. Es wurden an der Börse für 20 Milliarden Mark Devisen verlangt, das sind 400 Millionen Goldmark. Die Reichsbank drohte, die Distanzierung aller Wechsel einzustellen und war nur bereit, lediglich 1/2 Prozent des angeforderten Devisenbedarfes zu decken. Dieses Angebot wurde von der Industrie zurückgewiesen.

Sollarkurs: New York 332 000, Danzig 300 000. In Berlin wurde die amtliche Notierung schließlich auf 218 000 gedrückt.

Rückgang des Fleischverbrauchs

Nach Angaben der Statistischen Korrespondenz ist der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Preußen von rund 49 Kilogramm im Jahre 1913 auf 27,9 Kilogramm im Jahre 1922 gesunken. Bedenklich ist, daß auf dem Lande der Fleischverbrauch nicht so stark zurückgegangen als in der Stadt, was weiter in vielen Städten ein großes Gesundheitsgefahr nach sich zieht, das den Hauptfleischverbraucher darstellt, und das schließlich die Gruppe der Arbeiter sich keinerlei Einschränkung angeschlossen hat, so ergibt sich, daß die wertvolle Bevölkerung, daß der ruhmreiche Mittelstand und das ausgeprägte Kleinrentnerium ihren

Fließverbrauch auf weit unter die Hälfte der in der Vorkriegszeit verbrauchten Menge herabzulegen gezwungen war.

Das war im Jahre 1922; im laufenden Jahre sind die Schlachtungen erheblich zurückgegangen. Die arbeitende Bevölkerung hat den Fleischverbrauch noch viel weiter einschränken müssen. Große Teile des Volkes sehen jetzt kaum noch an einem Tage in der Woche Fleisch auf dem Tisch. Aber üppig gedeihen die Kaffees und die Schmelzkapitalisten.

Die Ehrhardt-Romödie

Hamburg, 20. Juli. In Hamburg wurde ein Better Ehrhardt, der Kaufmann Karl Ehrhardt verhaftet, der im Untersuchungsgefängnis wiederholt ungehindert mit Ehrhardt sprechen durfte, ebenso wie die Frau Ehrhardt, die sich noch ungehindert Freiheit erfreut.

In München wurde das Automobil, mit dem die Flucht Ehrhardts erfolgte, ermittelt. Der Besitzer des Autos hat einen „unbekannten“ Aufenthaltsort, hat man schon nicht Ehrhardt und seine Helfershelfer, so begnügt man sich damit, seinen Wagen zu verhaften.



Ehrhardt, der Faschistenkapitän ist aus seiner Postelle in Leipzig durchgebrannt.

Wann, Arbeiter, macht ihr dafür sorgen, daß eure Klassengenossen und Führer, die seit Jahren hinter Schloß und Riegel schmachten, „sehen“?



Der Faschismus in Bayern

München, 20. Juli. Im bayerischen Landtag erklärte der Minister Dr. Schwayer, daß die bekanntlich leidlich gegen links gerichtete bayerische Notverordnung aufricht erhalten bleibe und warnte das Reich vor Eingriffen, da es dann starke innenpolitische Erschütterungen geben würde. Das ist also wieder einmal eine bayerische Drohung gegen das Reich. Die Regierungserklärung über den Bürgerkrieg erwähnt aber Bayern nicht, sie spricht nur von Sachsen und Thüringen. In Nürnberg soll geplant sein, den nächsten deutschnationalen Justizminister, Dr. Roth, den Freund Ehrhardts und Boehnerts, zum Polizeipräsidenten zu ernennen. Selbst die demokratische Presse warnt vor einer solchen Methode und erinnert daran, daß Roth das dümmste Kapitel der bayerischen Justiz war. Die Blätter weisen darauf hin, daß Roth bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit Hitlerparaden abnimmt.

Die Eisenbahner und der Antifaschistentag

Breslau, 20. Juli. In der gestrigen Mitgliederversammlung des DGB Breslau beantragte Kollege Janusz die Unterstützung des Antifaschistentages durch den DGB.

Der 2. Bevollmächtigte Großmann erklärte die Unterstützung des Antifaschistentages sei eine Angelegenheit, die nicht vom DGB allein, sondern nur vom Ortsausschuß des DGB entschieden werden könne. St. Großmann wolle aber im Ortsausschuß für die Unterstützung des Antifaschistentages eintreten. Klassenbewusste Arbeiter aller Berufe, sorgt dafür, daß auch eure Vertreter in den Ortsausschüssen für die Unterstützung des Antifaschistentages eintreten.

Truppenübung in Hamburg gegen die „Rote Armee“

Mehrere Beamte der Opo in Hamburg überleiden unseren hiesigen Parteiblat einen Brief, in dem sie sich über die Unversichtlichkeit äußern, mit der die Offiziere der Opo gegen die Arbeiterschaft gehen. Bei sämtlichen Forderbefehlen sind die Zielpunkte: halb links „kommunistische Forderbefehle“ — Gerade aus: Panzerwagen einer roten Armee! — Den jungen Opo-Verführern muß also in Fleisch und Blut übergehen, daß ihre Feinde nur in den Reihen der proletarischen Hundstagsfaschisten zu finden seien. Der Brief beweist, wie sehr den eischen Elementen in der Opo der Gel hochkommt über den realistischen Geist in der Opo-Gruppe des Sozialdemokratischen Kampfes. Es dümmert in den Reihen der Opo-Elemente die Ansicht, daß sie ihre Feinde nicht in den Reihen der Arbeiterschaft zu finden haben, sondern daß ihre Feinde, ihre Klassenfeinde, im Lager der Sozialdemokratie vom Schlage Ludendorff liegen. Die Proletarier im Opo-Verband müssen sich mit den Proletariaten in den Fabriken verbinden.

Die roten Kotten

Die immer noch „mit Gott für König und Vaterland“ erscheinende „Kreuzzeitung“ hörte von unserem

Antifaschistentag

Das hat den Monatsheften der monarchistischen Redaktion Schlottern in die Rufe gejagt und sie schreiben: „Natürlich werden sich die Bürgerlichen gegen die roten Kotten wehren.“

Natürlich haben die wehrhaften Kotten überall Angst vor den Proletariermassen, die

am 29. Juli ihren Willen zum Abwehrkampf zeigen werden. So drohen z. B. in Braunschweig die faschistischen Hundstagsfaschisten mit gewalttätigen Auseinandersetzungen. Sie empfehlen dem Reichswehrminister Geßler, daß er die „roten Ostmilch“ gefangen setzt.

Die Proletarier lassen sich durch solche Wäghen heute nicht mehr einschüchtern und belären. Sie haben das klare Ziel, darauf hinarbeiten, daß der Faschistenterror beseitigt wird. Sie brauchen bei der Demonstration am 29. Juli keine Geßlertruppen.

Die Arbeiter an der Ruhr kämpfen nach zwei Fronten

Duisburg, 18. Juli.

Die August-Ehssen-Hütte (Bruchhäuser Fabrik) mit circa 12 000 Mann Belegschaft wurde von den Belgiern besetzt. Die Belegschaft trat in einen dreitägigen Proteststreik. Die Belgier besetzten die Hütte und beschlagnahmten drei Lager Kohle, die von der Belegschaft bis dahin geheimgehalten worden waren. Der kommunistische Betriebsrat machte den Generaldirektor Canarius darauf aufmerksam, daß das Verbot von Kohlen, um die Verteilung durch den Betriebsrat an die Bevölkerung zu verhindern, und sie so den Voincare-Beuten in die Hände geraten zu lassen, Vaincaredirektor sei. Canarius gab keine Antwort. Was das Verhalten der Direktoren noch besonders scharf beleuchtet, ist die Tatsache, daß sie in der letzten Zeit von den Kumpeln der Hütte gehörenden Ehssenschächte Ueberstunden gefordert haben, weil angeblich Kohlemangel den Betrieb stillzulegen drohe. Jetzt haben die Belgier drei Lager, während die Bevölkerung nichts im Keller hat.

Auf der Hütte beschäftigt ein Unternehmer Samen Arbeiter mit Montagearbeiten, während die Besetzung Kohle abfährt. Samen drängt die Arbeiter durch Verweigerung der Streikunterstützung und durch Drohungen zum Weiterarbeiten. Auch wenn es für die Franzosen sei. Die Belegschaft hat beschlossen, unter dem Druck der belgischen Behörde gegen die Arbeiter sind Zwischenfälle zu befürchten.

Clara Zetkin in Paris

Im Verlag der „Humanität“ erscheint (soeben) in französischer Uebersetzung die Rede, die unsere Genossin Clara Zetkin am 7. März im Reichstag gehalten hat. Sie Ueberschrift der Broschüre lautet: „Die deutschen Kommunisten und die Ruhr: Gegen Sumo und Poincaré.“ Die Uebersetzung ist im Ganze-Gefängnis besorgt worden von Emil Höller und dem Sekretär der französischen Partei Albert Treint, der sie mit einem begeisterten Vorwort versehen hat.

Die Herausgeber haben der Rede Clara Zetkins den Abdruck eines Artikels aus dem sozialdemokratischen „Populaire“ vorausgeschickt, in dem die Genossin Zetkin auf Grund gefälschter Sitze als „Bamertrage“ in des deutschen Nationalismus hingerichtet wird. Der Artikel schließt mit folgenden Worten: „Es wäre interessant die Meinung der französischen Kommunisten und der „Humanität“ über diese Erklärungen kennen zu lernen. Wollen wir wetten, daß wir kein Kommentar hierüber bekommen.“ Einige an uns gerichtete Schimpfworte werden die Diskussion ergeben. Schade.“

In Beantwortung dieser frechen Herausforderung veröffentlichte die „Humanität“ in einer Auflage von vielen tausenden Exemplaren eine wertvolle Uebersetzung des stenographischen Textes der Rede der Genossin Zetkin.

Im Verlage der KPS. erscheint nächstens eine deutsche Uebersetzung der Broschüre unseres französischen Genossen A. Ker über das „Comité des Forges und die Ruhrfrage“.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht regelmäßig Besprechungen anderer französischer Freunde über aktuelle Fragen.

Sie macht mehr: sie bringt Aussagen aus der sozialdemokratischen Presse Frankreichs, die die sozialdemokratische deutsche Presse sorgfältig verweigert.

Im einzigen Tagen erklärte der Hamburger Held Leon Blum in der französischen Kammer bezüglich des belandenen Pappbriefes („Popu-

laire“ vom 7. Juli): „In einem Punkte sind wir mit dem Papst nicht einverstanden; wenn er vorschlägt, die Reparationen der Zahlungsfähigkeit Deutschlands unterzuordnen. Was ist heute diese Zahlungsfähigkeit wert? Die finanzierte Aktion der französischen Regierung hat sie der Null nahe gebracht. Vor allem aber verlangen die internationalen Sozialisten — die deutschen Inskripten —, daß Deutschland alle verschuldeten Zerstörungen gutmacht, unter der einzigen Bedingung, daß die Amerikaner es Deutschland ermöglichen. Das ist direkt entgegengelehrt der vom Papst vorgeschlagenen Methode, und diesbezüglich hat sich der Sozialismus zu einem klareren und menschlicheren Gerechtigkeitsbegriff emporgeschwungen.“

Zahlungsfähigkeit? Quatsch! Alles sollte bezahlen! Das sagt Leon Blum, das schreibe der „Populaire“ im Augenblick, wo die deutsche Sozialdemokratie mit Sumo heftigst darum kämpft, daß England Frankreich veranlaßt, durch irgend eine Kommission die deutsche Zahlungsfähigkeit feststellen zu lassen. Die französischen Kommunisten veröffentlichten vollinhaltlich die Rede Clara Zetkins. Die deutschen Kommunisten geben die Broschüre Kern heraus.

Wie wäre es, wenn die deutsche Sozialdemokratie die Rede Leon Blums veröffentlichte würde?

Und die Rede Vanderveldes in der belgischen Kammer?

Und die Uebersetzungen der Hochscholowitschen und der polnischen sozialdemokratischen Presse zur Ruhrbesetzung?

Sie wird es nicht machen — aus Gründen der Moral; denn die gesamte Hamburger Internationale besteht durchweg aus Schamtelern, die der Bedeckung mit einem dichten Schleier bedürfen.

Blutiger Terror gegen Streikende in Polen

Warschau, 19. Juli.

Wie die Blätter melden, wurden bei dem Zusammenstoß zwischen streikenden Textilarbeitern und der Polizei in Loba eine Person getötet und drei verwundet. In Czestochau gab es bei einem Zusammenstoß Streikender mit der Polizei 11 Verwundete. Der Czestochauer Gewerkschaftsrat hat den Generalstreik für Czestochau verkündet.

Greift in die Tasche!

Der Kampf der Betriebsräte und Kontrollausschüsse ist der Abwehrkampf des deutschen Proletariats. Wer ihm fern steht, schädigt seine eigene Klasse und hat kein Recht, über Verleumdung und Unterdrückung zu räsonieren. Der Klassenbewusste Arbeiter ist sich klar darüber, daß jede, auch die kleinste Förderung seiner Interessen, nur im schwersten Kampfe der Bourgeoisie und den kapitalistischen Behörden abgerungen werden kann. Er reißt sich daher freiwillig in die gemeinsame Kampfesfront ein und unterstützt mit allen Kräften die Betriebsräte und Kontrollausschüsse, die die Führung des Kampfes übernehmen haben.

Je stärker die Kraft, um so sicherer der Sieg. Je größer die Zahl der Kämpfer, umso kleiner die Opfer.

Darum, auf, Arbeiter, Angestellte und Hausfrauen!

Sorgt neben der tatkräftigen Mitarbeit dafür, daß die Sammelkassen des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte in der Woche vom 22. bis 29. Juli in Umlauf gebracht werden. Jeder Arbeiter zeichne einen Stundelohn!

Keine Gelegenheit darf vorübergehen, wo nicht für den Kampffonds der deutschen Betriebsräte während dieser Woche gesammelt wird.

Das Proletariat kann seine Kämpfe nur erfolgreich führen, wenn es zuvorbereit ist, die für diese Kämpfe notwendigen finanziellen Opfer zu bringen!

Parteiaufbau

Die Werbewoche im Oberbezirk Westfalen

Nachdem jetzt auch das Resultat der Werbewoche im Bezirk Rheinland-Westfalen-Süd vorliegt, in dem 2893 neue Abonnenten verzeichnet wurden, sind im Oberbezirk Westfalen, der das gesamte Gebiet im Rheinland und Westfalen umfaßt, folgende neue Leser für die Parteipresse gewonnen worden:

Bezirk Ruhrgebiet	13 826
Rheinland-Westf.-Süd	2 893
Mittelrhein	2 618
Zusammen	19 337

Dieser große Erfolg wurde trotz der Unterdrückungsmaßnahmen der Besatzungstruppen, unter denen unsere Zeitungen außerordentlich zu leiden haben, von den rheinischen Genossen erzielt.

Nachdem am 1. Juli in Bochum ein neues Parteiblat gegründet wurde, existieren jetzt in Rheinland-Westfalen zehn kommunistische Tageszeitungen.

22. bis 29. Juli Gammelwoche für Betriebsrätebewegung
Rein Betrieb darf bei der Sammlung fehlen!

In der Roten Generalstabsakademie

Von V. M. Walter

Moskau, Anfang Juli.
„Die Revolution ist eine Idee, die Bajonette gelunden hat“, sagte Kapsledn. Sie ist mehr als das, unter anderem ist sie aber das auch. Revolutionen finden immer Waffen. Aber wie diese Waffen beschaffen? Wie machen, daß das Eisen wirklich in den Händen derjenigen bleibt, die es erobert haben? Wie machen, daß die Klasse, die gestiegen hat, nicht im Sämel des Sieges, im Optimismus des ersten Trumbbes Gedr schenkt demjenigen, die unterworfen wurden und nun als Gesklagene an alle Götter der Humanität appellieren? Die Antwort auf diese Frage hat uns die russische Revolution und die Partei, welche die Revolution geführt, gegeben. — Und die Waffen des roten Rußland werden nicht nur in den Fabriken geschmiedet, sie wurden nicht nur von Dentsin und Wrangel im Süden, von Kollischal und Subentisch im Osten und Westen erobert, sie werden geschmiedet in den russischen Kriegsschulen, denn wenn der französische Historiker Saine sagt: „Im Grunde ist die Hauptsache in jedem Lande der Mensch“, so gilt das noch viel mehr von der Armee. Selbstverständlich kann die Armee, die aus den besten Soldaten der Welt besteht, ohne Waffen, mit guten Büchern statt mit guten Tanks in den Händen, mit ausgezeichneten geistigen Waffen statt mit Gasmasken ausgerüstet, nicht kämpfen und noch weniger siegen. Aber die stärksten Kriegsmittel der Welt werden durch Menschen geführt, Waffen, wie Ideen, werden durch Individuen bedient, durch sie repräsentiert, durch sie zum Siege oder zur Niederlage geführt. Und so sind die Kriegsschulen in jedem Lande eigentlich die wichtigsten Waffenfabriken für die wichtigste Waffe, für den Menschen. Das haben die Herrschenden aller Länder begriffen, nicht seit heute oder gestern, sondern seitdem es Kriege und Kriegsvorbereitungen gibt. Die Militärschulen je höher sie im Rang standen, um so mehr waren sie immer die bewußtesten, die besten, die entschlossensten Verteidiger des Systems, des Staates, dem sie dienten. Diese Tatsache wurde selbstverständlich auch von den Führern der russischen Revolution erkannt. Die russische Revolution hat jenen Moment ihrer militärischen Schwäche so bitter durch unermeßliche Tode Hunderttausender gebüht, die russischen Massen haben bei Dubendorff, bei den Ententegeneralen, bei dem „pazifistischen“ Bilsudski so gründlich gelernt, was es bedeutet, entworfen zu sein, daß sich die russischen Generalstabsakademiker mit Recht als die Avantgarde des russischen Volkes betrachten. Und ich will vor allem vom Menschen, nicht von der Methode des Vernens in der russischen Kriegsakademie schreiben.

In der Kriegsakademie sind 90 Prozent Arbeiter und Bauern. Arbeiter und Bauern, die an der Front wenigstens drei Jahre in einer führenden Stellung waren, und die, als einfache Soldaten in die Armee eingetrückt, ein besonderes militärisches Talent gezeigt haben. Es waren das Leute, die unmittelbar aus der Fabrik oder von der Scholle, vom Flug kamen. Und jeder hatte, so wie in der französischen Revolution, den Marschallstab im Dornist. Sie hatten bis jetzt nur gelämpft, hatten nur praktische Erfahrungen und hier erst lernen sie die Theorie des Kampfes. Oft wissen diese Schüler beim Eintritt in die Akademie nicht zu lesen und nicht zu schreiben (bei he, ein Fressen für die Humoristen in Westeuropa, die so geliebt sind und jeden Tag das Berliner Tageblatt oder den Vorwärts lesen). Diejenigen, die hat jeder Schulbildung sind, müssen ein Jahr lang einen Vorbereitungsstudium absolvieren. Es ist wohl ein ganz neuer Anblick, und ein Anblick, der in der Weltgeschichte etwas zu bedeuten hat, einen jungen Bauer zu sehen, der drei Jahre in führender Stellung an der Front war, wie er ein Buch als etwas ihm noch ganz Neues, Unbekanntes, in die Hand nimmt und erst lernen muß, das bedruckte und gebundene Papier in den Händen zu halten.

Der Unterricht dauert, außer dem Vorbereitungsstudium, drei bis vier Jahre. Nach dem letzten Examen müssen die Schüler der Kriegsakademie von Anfang an bei der Truppe dienen und sich da erst von neuem bewähren. Die absolvierten Kriegsakademiker genießen selbstverständlich gar keine irgendwie gartete Bevorzugung. Die militärischen Lehrer dieser Schule sind alte bekannte Offiziere der zaristischen Armee wie Lebedeff, Gutor (Chef eines Armeekorps der alten Armee), Kowalski, Kowalski, usw. Ein Drittel der Lehrzeit in der

Kriegsakademie gehört der allgemeinen Bildung unter starker Berücksichtigung der Nationalökonomie, Finanzwissenschaft, Geschichte der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. Die sogenannten zivilen Fächer werden von roten Professoren, von alten, bekannten Spezialisten vorgetragen. Durch diese Art der Methode des Vernens entsteht ein ganz neuer Typus des Generalstabsoffiziers, eben des roten Generalstabsoffiziers, der seine Kunst nicht als etwas Stabes, in sich Abgeschlossenes betrachtet, der die Wissenschaft der Kriegsführung nicht metaphysisch, d. h. als ein Ding an sich ansieht. Der rote Generalstabsoffizier kennt die ganze politische Seite seiner Kunst, weil er nicht abgeschlossen lebt, weil er mit der Masse verknüpft ist, weil er zu Hunderten von Versammlungen, zu Tausenden von Meetings als Redner und Zuhörer geht. Er ist durch und durch politisiert. Wieder ein Fressen für die Wharlsker! Ja, er ist politisiert, meine Herren von der anderen Seite der Barrikade, weil ebenso, wie es keine unpolitische Justiz gibt, noch weniger eine unpolitische Armee existiert oder existieren kann, die Armee ist die politische Institution der Welt.

In sehr kurzer Zeit wird Rußland einen neuen Generalstab haben, einen Generalstab, der ausschließlich aus der Masse der Arbeiter und Bauern stammt. Und die Mitglieder dieses Generalstabes sind schon erprobte Kämpfer. Neunzig Prozent der Kriegsakademiker wurden wenigstens einmal während der Revolutionskriege verwundet. Der Generalstab ist so wie die ganze rote Armee nicht nach einem fix und fertigen Plan, in ruhigen, sorglosen, bürokratischen Zeiten, sondern im Verlauf der Revolution als einzig mögliche Form nach Hundert Fehlern, nach blutigen Niederlagen und Siegen entstanden und dieser Generalstab weiß, so wie die ganze Armee und ganz Rußland, daß Armeen nicht genügen, um eine Nation zu retten, daß aber eine durch die großen ungeheuren Massen wahrhaft verteidigte Nation unbeflegbar ist.

Die AOB-Führer entlarvt! Der Schwindel des „Kampfes um wertbeständige Löhne“ vollständig aufgedeckt

Die Führer des AOB wurden vom Reichsausschuß der Betriebsräte in einem offenen Briefe vor die klare Frage gestellt: Seid ihr bereit, mit uns gemeinsam ernsthaft um höhere und durch proletarische Machtpositionen gesicherte Löhne zu kämpfen oder wollt ihr wieder, wie bei der Erfassung der Sachwerte, nach dem Rapp-Dulsch und nach der Ermordung Erzbergers und Rathenau's selbs vor dem Widerstand der Bourgeoisie zurückweichen. Der Reichsausschuß schlug dem Bundesvorstand des AOB vor, ein achtstägiges Ultimatum an die Regierung und die Unternehmer zu stellen, und wenn dann die allgemeine Erhöhung der Löhne auf einer Basis von 35 000 Mk. Stundenlohn für die zweite Fulswoche abgelehnt werden sollte, die Massen zum Generallstreik aufzurufen. Nur durch einen berartigen schärfsten Druck kann der Hungerpolitik der Unternehmer und des Staates ein Ende gemacht werden.

Jetzt liegt die Antwort der Gewerkschaftsführer vor. Sie ist ein verlegenes Stimmeln. Es heißt darin, die Betriebsräte seien den Gewerkschaften untergeordnete Organe, die die Führung von Kämpfen nicht angehe. Darin wird einmal gesagt, der Reichsausschuß der Betriebsräte sei nicht vom AOB anerkannt und deshalb könne der AOB nicht gemeinsam mit ihm kämpfen. Und außerdem seien die Kampfmittel, die der Reichsausschuß vorschlägt, nicht, und durch einen Machtkampf um eine Arbeiterregierung könne die Arbeiterchaft bis Unglück geführt werden.

Kurz zusammengefaßt heißt das: Wir wollen um höhere und wertbeständige Löhne ebensovienig kämpfen, wie wir nicht um die Erfassung der Sachwerte und gegen die Falschen gekämpft haben. Die Parole „wertbeständige Löhne“ ist nur ein neuer Schwindel, durch den die Arbeiterchaft gerade vom Kampf abgehalten werden soll.

Diese Politik der Gewerkschaftsführer ist ein unverantwortliches Spiel mit den elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterchaft. Was wird die Folge sein? Aus den Verhandlungen der

Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern wird ein großer Vertrag der Arbeiterchaft heraukommen. Die Folge wird eine neue schwere Enttäufung der arbeitenden Massen sein, eine weitere Schwächung der Kampfkraft der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse.

Diese Politik der Gewerkschaftsführer ist die beste Unterstützung, die sich die Unternehmern und die Falschen wünschen können. Mit ihrer Arbeitgemeinschaftspolitik werden führen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Gewerkschaften und letzten den falschen Zukunftsdenken.

Die Massenbewegte revolutionäre Arbeiterchaft muß das verhindern. Klart die Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften über den ungeheuren Betrug der Gewerkschaftsführer aufklären. Formieren die kämpfliche Einzelkämpfer aller Schichten über die Köpfe der Gewerkschaftsführer hinweg in den Betrieben und Gewerkschaften.

Den Arbeitgemeinschaftlern und Koalitionspolitikern muß eine Antwort gegeben werden, durch die ihnen neue Betrügerelien unmissbar gemacht werden.

Die Not der Studenten

Vor uns liegt das „Nachrichtenblatt der Deutschen Studentenschaft“ vom 4. Juli 1923 mit der Einladung zum Studientag nach Würzburg. In diesem spärlichen Blättchen findet sich unter verschiedenen Mitteilungen die bezeichnende Nachricht:

„Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft war infolge der großen Entwertung der von den Einzel-Studentenschaften eingezahlten Kopfbeträge nicht in der Lage, das in der letzten Zeit angekündigte Nachrichtenblatt mit den Tätigkeitsberichten des Auslandsamtes, der Wirtschaftshilfe, des Amtes für Verbesserungen, des Ruhrausschusses, der Fachgruppen der Deutschen Studentenschaft usw. herauszugeben; sollte es sich technisch ermöglichen lassen, so geht den Einzelstudentenschaften ein Nachrichtenblatt mit dem bezeichneten Inhalt noch vor dem Studientag zu.“

In demselben Mitteilungsblatt, in dem die Studentenschaft ihren Bankrott mitteilt, steht



„Nun ist's genug“

Unsere Gewerkschaftsarbeit

Gewerkschafts-Konferenz in Breslau

Die Referenten für den Studententag an der rechtshochschule Professoren und Politiker, darunter den Außenminister von Rosenberg und den Reichstagsabgeordneten Quack vom rechten Flügel der Deutschen Volkspartei.

Glauben die Studenten im Ernst, aus ihrer furchtbaren Notlage sich zu befreien, indem sie mit Vertretern einer Regierung zusammengehen, die denen noch gibt, die schon fast alles haben, und denen noch nimmt, die fast nichts mehr zu verlieren haben? Wenn sie sich den Falzistenverbänden anschließen, die die Arbeiter niederdrücken wollen? Die Studenten können aus ihrem Glend nur herauskommen, wenn sie mit den Arbeitern zusammen kämpfen, die gleich ihnen sich vom Joch des französischen Imperialismus und von der Regierung des Großkapitals sich befreien wollen.

Aus der Provinz

Waldburg

In die freie Elternschaft. Merkwürdig im Kreis Waldburg arbeiten die freien Lehrer und Eltern tatkraftig für das Ziel: Einführung der weltlichen Schulen. Nur in der Stadt selbst war bis jetzt von der Bewegung nichts zu merken. Das soll nun nachgeholt werden. Am Sonntag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, findet im Saale der Stadtbrauerei eine Versammlung der freien Elternschaft statt. Ein sozialistischer Lehrer wird dort über die Bedeutung der weltlichen Schulen sprechen. Anschließend daran soll zu der Gründung einer freien Elternvereinerung für Waldburg eine Neufassung geschritten werden.

Arbeiter und Angehörige, die ihr Kinder in die Schule sendet, erscheint vollständig in dieser Versammlung. Helft mit dazu beitragen, daß auch unsere Stadt recht bald in den Besitz einer weltlichen Schule gelangt.

Bildervortrag. Der Bund für Weltlichkeit veranstaltet am Sonntag, den 22. Juli einen Bildervortrag über die Entwicklungsgeschichte des Menschen in materieller und geistiger Beziehung. Referent ist Redakteur Wendenbuth. (Siehe geführtes Verbot.)

Waltersberg

Die Bergwacht unterstützt die Frauen. Uns wird von der SPD. stets vorgeworfen, wir arbeiten mit den Falzisten zusammen, statt dessen ist es umgekehrt. In der Ausgabe der „Schlesischen Bergwacht“ vom 14. 2. befindet sich zwei Anzeigen. Die erste ist eine Einladung zum Königstischchen in Waltersberg, am 22. und 23. Juli, verbunden mit Selbstlagenschichten. Die zweite fordert zur Teilnahme am Schützenfest-Kummel in Altwalder (Stienhöpfe), am 15., 16. und 17. Juli auf. Die Falzisten haben in der „Bergwacht“ ein gutes Organ gefunden, für die Vorbereitungen zum Massenmord.

Wüthegastdorf

Ungehörige Ausbeutung. Daß der Profiteur ausgebeutet und ausgebeutet wird, von den Herrschenden, ist wohl jedem bekannt, aber der hier aufgeführte Fall übersteigt alles dagesessene. Zwei Frauen aus labialistischer Kreise, die eine die Gemahlin eines Beamten, welcher bei einer großen Milliardenfirma den höchsten Posten bekleidet und noch nebebei Besitzer eines großen Bauunternehmens ist, die andere Frau, frühere Besitzerin und jetzt Mitbesitzerin einer großen weltbekannten Firma, beschäftigen auf je 3 Tage eine arme Frau mit 3 Kindern und zahlten noch im Anfang des Jahres hier einen Stundenlohn von 100 Pfennigen. Sollten diese Damen der Weltlichkeit sich nicht endlich darauf besinnen, daß von diesen Hungerlöhnen kein Mensch etwas kann, so werden wir nochmals auf die Angelegenheit einzugehen und die Ausbeutung öffentlich an den Pranger stellen.

Waltersberg

Warum tut die Kirche nichts für die Armen? Am Freitag abend, den 13. d. Mts., sprach hier bei Herrn Dinter, Herr Pastor Gaudiger, Freiburg, über das Thema: „Warum tut die Kirche nichts für die Armen?“ Die Rede war sehr gut besucht, besonders bei den Frauen, die sich zum ersten Male in einer öffentlichen Versammlung auch die sozialistischen Reden und ihres Erhellers aus Wüthegastdorf und die christlichen Gewerkschaftsreferenten mit Interesse hatten. Der Referent zeigte in seiner Ausführungen unter anderem, daß die Kirche kein übernatürliches Ding ist, sondern daß sie nur von Menschen geschaffen ist, sondern ja auch ihre Widerprüch. Sie ist nämlich erst oder ein Vertreter von ihm, die, ausgeübt, dann können aber durch die Widerprüch in die Höhe nicht zu finden sein. Denn Gott soll ja beinahe unerkennbar sein. Selbst das Reichertum habe schon Entscheidungen getroffen, daß die Pöbel Menschheit ist. Daß die Vertreter Gottes auf Erden nicht an ihre Lehren glauben, beweist Referent u. a. dadurch, daß diese ihre Kirchen durch Abzweigen vor den Weltlichen zu schänden suchen. Sie brauchen eigentlich keine Angst davor zu haben, den Gott, mit dem sie nicht seine Ohnmacht verächtlich. Referent bewies an Hand von Material, wie früher Pöbel und Pöbel gequält haben und wie das Eigentum der Kirche entstanden ist. Er zeigte nur auf ihre eigene Schuld, die bedacht wurde und sich um die Not der Welt wenig gekümmert haben. Referent wies weiter die Zeit, unter den Bedrückten von Frankreich, daß auch viele große Volkswörter mit den Vertretern der Kirche vom Götze des Volkes abschieden. Weiter schildert er das Treiben der Geldgierigen während des Krieges, die immer die Krüger gequält und deren ganz Abhängigkeit für die Welt — Kapitalismus — hinausgeschickt haben, während sie selbst große Reichtümer bei wolle Schicksal weit hinter der Front zum Durchhalten aufgefordert haben. Dieser schillernde Reichtum könne Verhältnis aus dem ganz schwarzen Grabsstein, daß der im Grabstein bei Eröffnung der Armen-Liste erregung — weicht...

Die Bezirksleitung der SPD. Schlesien hatte für Sonntag, den 15. Juli, eine Konferenz mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Referat des Genossen Schmidt (Berlin) über die politische Lage.
2. Referat des Genossen Märker (Berlin) über die Gewerkschaftsfrage.
3. Freie Aussprache.

Genosse Hamann eröffnete die Konferenz mit einer kurzen Ansprache und wies darauf hin, daß es unsere Aufgabe sein müsse, unsere bisherige Arbeit in den Gewerkschaften weiter aufzubauen, sie intensiver und systematischer zu gestalten.

Referat des Genossen Schmidt (Berlin):

Genosse Schmidt gab einen Überblick über die politische Lage: Im Vordergrund derselben stehe immer noch die Ruhrfrage und der zwar beigelegte aber nicht endgültig aufgehobene Konflikt zwischen Sowjetrußland und England. Redner ging kurz auf die Verhältnisse in Frankreich ein. Die Machtverhältnisse haben sich dort vollkommen umgestaltet. Der frühere Rentnerstaat wird beherrscht von den Schwerindustriellen (Comitee des Forges), die Frankreich zu einer führenden Weltmacht machen wollen. Das kleine Rentnerium in Frankreich wird ebenso proletarisiert wie in Deutschland. In dem Augenblick, wo es sich um die Interessen des Kapitalismus handelt, werden die Machthaber keinerlei Rücksicht auf die Mittelschichten nehmen und über deren Köpfe hinwegschreiten. Genosse Schmidt behandelte weiter die Frage, welche Rolle Deutschland gegenüber Frankreich einnehme. Er kam zu dem Resultat, daß der deutsche Imperialismus, weil sein militärisches Rückgrat gebrochen, gezwungen ist, sich an die stärkste militärische Macht in Europa — das ist Frankreich — zu halten. Dieses Bündnis mit den französischen Kapitalisten und Imperialisten sei eine Lebensfrage für den deutschen Kapitalismus. Der Zusammenschluß des deutschen und französischen Kapitalismus und die Schaffung eines selbständigen Rheinbundes sei daher nur eine Frage der Zeit. Genosse Schmidt behandelte die Vorteile, die den deutschen Kapitalisten aus einem von Deutschland losgelassen Rheinbund erwachsen. Die Kapitalisten würden alle Reparationskosten los sein und mit Hilfe von ausländischen Anleihen und der Einführung französischer Währung ihre Profite auf Kosten der Arbeiterklasse weiter steigern.

Im zweiten Teil seines Referates befaßte sich Genosse Schmidt eingehend mit den Aufgaben, die der kommunistischen Partei aus der von ihm skizzierten Lage (Genosse Schmidt ging auch auf die innenpolitischen Verhältnisse, Frage der tatsächlichen Regierung, Falzismus usw. ein) erwachsen. Wir müssen unsere Kräfte darauf konzentrieren, die Arbeiterklasse sowohl für die tatsächliche Frage wie für die Bedeutung der Ruhrfrage zu interessieren und aktivieren. Es dürfe nicht der Fall eintreten, daß die Arbeiterklasse in Deutschland einem totalen Generalstreik der Arbeiter an der Ruhr und am Rhein passiv gegenüber stünde. Eine solche Passivität würde bedeuten eine vollkommene Niederlage der Arbeiterklasse und einen Sieg des verbliebenen Kapitalismus.

Dem Referat des Genossen Schmidt folgte ein recht instruktiver Vortrag des Genossen Märker (Berlin) über unsere Gewerkschaftsarbeit.

Genosse Märker führte aus: Der immer größer werdende Kreis unserer Anhänger und die Erfolge unserer Gewerkschaftsarbeit beweisen, daß unsere Taktik in der Gewerkschaftsfrage richtig ist. Unsere Erfolge würden noch viel größer sein, wenn wir diese Taktik einheitlicher und systematischer ausgeführt hätten. Es ist vorgekommen, daß in verschiedenen Bezirken die Genossen nicht miteinander, nebeneinander und ohne gegenseitige Zählung gearbeitet hätten. Durch eine zentrale Leitung der Gewerkschaftsarbeit ist in letzter Zeit mehr Einheitlichkeit erreicht worden. Genosse Märker gab hierauf folgenden Überblick über unsere Grundsätze: Im Metallarbeiter-Verband haben wir in 50 Zahlstellen mit 200 000 Mitgliedern

die absolute Mehrheit, in 76 Zahlstellen darunter mit die größten, stehen 50 Prozent der Mitglieder hinter uns. Durch die weiteren 585 Zahlstellen beeinflussen wir 25 Prozent der Mitglieder. Insgesamt haben wir im Metallarbeiter-Verband nahezu 50 Prozent der Mitglieder für uns gewonnen. Auch bei den Bauarbeitern machen wir trotz der Spaltungstaktik des Zentralvorstandes weitere gute Fortschritte und es stehen 347 000 Kollegen hinter uns. Bei den Holzarbeitern beträgt die Zahl der von uns beeinflussten Kollegen 107 000 und bei den Orzmelde- und Staatsarbeitern 92 000. Wenn wir die Verhältnisse im ganzen Reich betrachten, können wir feststellen, daß von den 8 Millionen freigeberisch organisierten Arbeitern 2 Millionen unter unserem Einfluß stehen, 454 Zahlstellen freigeberischer Verbände sind in unserer Hand. Die Zahl der kommunistischen Angehörigen in den freien Gewerkschaften beträgt 216.

Unsere wachsenden Erfolge suchen die Amsterdamer durch Spaltungstaktik zu durchkreuzen. Genosse Märker führt hierfür eine Reihe von Beispielen an. Unsere Genossen dürfen sich durch diese Spaltungstaktik nicht provozieren lassen, aus den Verbänden auszutreten. Die Gewerkschaftsbürokraten würden nach der Spaltung immer noch den größten Teil der Arbeiterklasse hinter sich haben und uns vorwerfen, daß sie infolge der Spaltung nicht mehr in der Lage sind, Lohnkämpfe durchzuführen. Wir müssen beharrlich und systematisch weiter arbeiten. In der Amsterdamer Richtung macht sich auch bereits der Einfluß unserer Agitation geltend; es habe sich ein linker Flügel unter der Führung von Jimmen gebildet, der bereit sei, mit den russischen Gewerkschaften in der Frage der Kriegsgefahr und des Falzismus zusammenzugehen. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband sowie andere Amsterdamer Verbände sabotieren aber das geschlossene Abkommen.

Genosse Märker ging ferner eingehend auf die Lohnfrage und auf den von der SPD. und Gewerkschaftsbürokraten betriebenen Inbetriebendel ein. Als die Not der Massen immer größer wurde, trat die SPD. und die Gewerkschaftsbürokratie plötzlich mit der Forderung nach werbeständigen Löhnen auf den Plan. Solche werbeständigen Löhne seien unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Unmöglichkeit, weil sie sofort einen Rückgang des Exportes zur Folge haben würden. Sie würden eine Arbeitslosigkeit erzeugen, der ein ungeheurer Lohnrückgang folgen müßte. Der Forderung der werbeständigen Löhne, die von der SPD. gefordert werden, müssen wir Friedensrealisthine entgegensetzen, aber immer wieder betonen, daß solche nur dann erreicht werden können, wenn die Arbeiterklasse auch zugleich den politischen Kampf aufnimmt und eine Arbeiterregierung ans Ruder kommt. Genosse Märker wandte sich ferner der Erwerbslosenfrage zu und behandelte eingehend die Taktik gegenüber den Erwerbslosen. Wir müssen erreichen, daß die Erwerbslosenbewegung nicht länger isoliert bleibt, sondern in Bezirken zusammengefaßt und zentralisiert wird. Zum Schluß gab Genosse Märker noch Winke für unsere Arbeit in Ortsausschüssen, roten Kartellen, Fraktionen usw.

Genosse Märker schloß sein mit großem Beifall aufgenommenes Referat mit einem Appell an die Genossen, dafür zu sorgen, daß wir in den Gewerkschaften die Mehrheit bekommen und die Gewerkschaftsbürokraten — wenn sie demnach die Verbände aus Egoismus spalten wollen — mit einem Häuflein ihrer Getreuen allein setzen.

Nach einer lebhaften Aussprache, in der die gemachten Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit ausgeführt wurden und an der sich 16 Genossen beteiligten, wurde die fruchtbare Konferenz geschlossen.

Wir gehen mit neuer Siegeszuversicht, Ausdauer und Geduld an die schwierige aber erfolgreiche Erwerbung der Gewerkschaften für den Klassenkampf.

arbeiten auf dem Gebiete der Friedensbewegung und sich vor allem anzulagen von der Kirche, denn das ist die erste nützliche Arbeit für die Arbeiterklasse und auf der anderen Seite der erste Schlag gegen das Pfaffenium. Hierfür wurde die Besammlung geschlossen. Ueber 80 000 Mt. wurden gesammelt und zahlreiche Neuauflagen gemacht. Wir rufen jeden zu: Heran an die Arbeit, überall wo sich Gelegenheit bietet!

Bürgerliche Konzerte. In dem Bestreben, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich zu lenken, veranstalteten einige bürgerliche Gesangsvereine des älteren Konzerts auf den hiesigen Marktplätzen. So auch am Sonntag. Auf die Leistungen näher einzugehen, das glauben wir uns schenken zu können. Ihre Mitglieder tragen einen ausgeprägten nationalen Charakter zur Schau. Fast aus jeder Zeile hören wir das Wort „deutsch“ und bayerischen auch etwas vom Rheinland. Sie wissen mit einem Wort gefügt, einschläfernd. Den Höhepunkt darstellen sollte wahrscheinlich das Lied: Bleib deutsch, du herrlich Land am Rhein. Aber waren es nun unüberwindliche technische Schwierigkeiten oder war es der Gram über die Belegung gerade dieses Rheinrindes durch unsere Feinde, kurz und gut, es war dem Liedermeyer trotz aller körperlichen Anstrengungen nicht möglich, die Dissharmonie, die durch das ganze Lied ging, zu beseitigen. Wir haben die Feststellung machen müssen, daß ein großer Teil Arbeiter sich unter den Vortragenden befand. Unter anderem bemerkten wir brave SPD. Leute, die einzeln im Gewerkschaftskartell die größte Mühe geben, die Kommunisten zu bekämpfen, andererseits die äußersten Anstrengungen machen, durch ihren schönen Gesang die Zufriedenheit der Bürgerlichen zu erreichen. Wir haben derartige Leute, nachdem wir ihnen eine Walzenliste gestellt hatten, rüchlos aus der Part. i. ausgeschlossen. Außerdem befehlen am Ort zwei Arbeiter-Gesangsvereine: in jeder Zeit Mitglieder aufnehmen. An Gelegenheiten sich gelanglich zu beteiligen mangelt es also wahrhaftig nicht. Die SPD., die uns so gern den Vorwurf macht, wir hätten es mit den Kapitalisten, sie hat hier wieder mal Gelegenheit zu beweisen, daß sie eine Arbeiterpartei ist. Solange wir ihre Mitglieder bei bürgerlichen Vereinen sehen, gestatten wir uns, dies zu bezweifeln.

Kreis Lang nst-lau

Sonntag, den 22. Juli, vormittags 8 Uhr, findet in Oberlangbielau in Sinters Lokal die Jahres-Generalversammlung der Kreisleitung statt. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand der Bewegung. (Von jeder Ortsgruppe hat ein Delegierter ein- bis fünf Zehnminutenbericht zu geben und das Ergebnis der Beredsamkeit mitzuteilen.) 2. Tätigkeitsbericht der Kreisleitung: a) Propaganda und Landagitation; b) Gewerkschaften; c) Genossenschaften; d) Frauenagitation; e) Jugend- und Kindergruppen; f) Bildung; g) Nachrichten und Presse; h) Kommunales. 3. Rassenbericht und Entlastung des Kreisleiters. 4. Neuwahl der gesamten Kreisleitung. 5. Bericht der Korrespondenz vom 15. Juli in Breslau. 6. Ansprache. 7. Anträge und Beschlüsse.

Alle Orte müssen vertreten sein. Am Punkt 8 Uhr müssen wir beginnen, damit bis Mittag die Arbeiten erledigt sind. Von den Orten, wo noch keine Ortsgruppen bestehen, müssen die Landesvertrauensleute erscheinen.

Die Kreisleitung.

Am Freitag Abend findet bei Dinter um Punkt 8 Uhr eine Mitgliederversammlung der Partei statt, wozu alle Genossen und Genossinnen aufgefordert werden pünktlich zu erscheinen. Wir müssen pünktlich beginnen, damit wir bei den die Arbeit erledigt haben. Zutritt haben nur eingeschriebene Mitglieder der Parteigliedsbuch in die Versammlung mitzubringen, da jede Versammlung abgestempelt und eingetragt. Jedes Mitglied ist verpflichtet sein Mitbringen wird. Als alle Kommunisten in die Versammlung. Die Tagesordnung ist äußerlich wichtig. Als Kampf müssen wir die größte Disziplin zeigen.

Die Ortsleitung.

Ratibor

Die SPD. hat abgewirtschaftet. Am Sonnabend fand hier eine öffentliche Volksversammlung der SPD. statt, die trotz guter Vorbereitungen und Anführung nur von knapp 250 Personen besucht war. Das Referat des Reichstagsabgeordneten Olshausen bestand lediglich in Entschuldigungen und Verteilungen der vielangebotenen Postkarte seiner Partei. In der Diskussion rechneten unsere Genossen gründlich mit der SPD. ab und der Referent mußte im Schlußwort zugeben, daß von seiner Partei Fehler über Fehler gemacht wurde. Olshausen mußte auch zugeben, daß Gen. Sobotta mit seiner Kritik an der korrupten Zahlreicher überhöhter sozialdemokratischer Führer, während der Plebszeit, Recht habe. Er könne aber nichts dafür, keine Hände seien rein gehalten. Trotz aller framphaften Betrübe konnte der Redner für seine Partei keine moralischen Groberungen machen.

Wo die Massen der Ratiborer Arbeiter stehen, bewies uns von der SPD. für Dienstag den 17. ein verurteiltes öffentliches Volksreferat, an dem über 2500 Arbeiter teilnahmen. Genosse Haragrat rechnete unter stürmischen Beifall der Versammlung mit der Sozialpolitik und ihrer Unterdrückung durch die SPD. ab. Die Versammlung war ein gewaltiger Erfolg für unsere Partei. Zahlreiche Neuaufnahmen wurden gemacht und etliche neue Abonnenten für die „Schlechte Arbeiter-Zeitung“ gewonnen. In Saaleinrichtungen wurden über 300 000 Mt. eingeht. Es geht es über! Vorwärts, während die SPD.-Organisation in Oberlangbielau, wie auch die „Volksmacht“ fürzlich eingestanden hat, überall weitermacht!

Am 22. Juli muß jeder Metallarbeiter seine Pflicht erfüllen. Die Zauderpolitik der Bürokraten muß beseitigt werden. Jeder Arbeiter muß die Liste der Opposition wählen. Heran an die Arbeit! Rüstet zur Abrechnung!

Betrieb - Gewerkschaft

Die Führer des DMB. belügen die Arbeiter

Jedem Metallarbeiter, ganz gleich welcher politischen Richtung er auch angehören mag, hätten wir gewünscht, Augen- und Ohrenzeuge zu sein, als am 10. Juli in der Versammlung der Berliner Metallfunktionäre die Vereinbarung für die Berliner Metallindustrie durch Dörmann und Ulrich als einzig dastehende Erfolg schmacht zu machen versucht wurde. Die „berufenen“ Führer des DMB. lobten die Vereinbarung über den grünen Klee. Ulrich, der 2. Bevollmächtigte des DMB. Berlin, behauptete frank und frei, daß eine wesentliche Erhöhung des Reallohnes eintreten werde, wenn auf der zur Annahme empfohlenen Grundlage die Funktionäre die Streikbewegung beschließen. Die Berliner Metallarbeiter, soweit sie an der einem Meberfall gleichenden Abstimmung teilzunehmen imstande waren, haben mit einer annähernd 1/2 Majorität für die Fortsetzung des Kampfes gestimmt. Nur der formellen Bestimmung des Statutes ist es zuzuschreiben, daß die an der Abstimmung verhinderten oder passiven Mitglieder als Gegner des Streiks gezählt werden, daß der Kampf dieses schlagende Ende fand. Der vereinbarte Lohn für die 2. Juliwoche, der erstmals am 20. Juli zur Auszahlung gelangt, ist durch die stürmisch weiterwärtende Steigerung längst schlechter als der Lohn, der vor dem Streik verdient wurde. Allein in der Zeit vom 10. bis 17. Juli sind die Lebensmittel in Berlin um 59,5% gestiegen. Also nicht besser, schlechter ist der Reallohn der Berliner Metallarbeiter!

Ein ganz besonderer Lobgesang wurde über die erreichte Wertbeständigkeit der künftigen Löhne in der Berliner Metallindustrie angestimmt. So erklärte Dörmann als der Vertreter des Vorstandes: „Dieser Teil der Vereinbarung sei ein Erfolg, der sich in ganz Deutschland als einzig dastehend zeigen lassen könne. Keine andere Industriegruppe kann bis zur Stunde auch nur entfernt einen derart großen und bleibenden Erfolg buchen, als er für die Berliner Metallarbeiter in der vorliegenden Vereinbarung festgelegt worden ist.“

Genau die gleiche Irreführung in dem Flugblatt, das die Organisation vor der Abstimmung herausgab. Auf die Frage: „Um was geht der Kampf?“, lautet im Flugblatt die Antwort:

„Weil die Metallarbeiter das ewige Gezerre über die Lohnhöhe von Woche zu Woche satt haben und einen wertbeständigen Lohn verlangen, der ihnen während der Dauer eines Lohnabkommens die Wertbeständigkeit des Lohnes resp. dessen Kaufkraft sichert.“

Auf eine zweite Frage im Flugblatt: „Was wurde erreicht?“ gibt die Organisation folgende Antwort:

„Das für den Monat Juli geltende Lohnabkommen sichert uns... einen wertbeständigen Lohn. Von Woche zu Woche werden die Preise der vom Büro der hiesigen Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zugrunde gelegten 42 wichtigsten Lebensmittel (Haferslocken, Griezmehl usw.) Bedarfsgegenstände einwandfrei ermittelt und die von Woche zu Woche festgestellte weitere Verteuerung wird im gleichen Prozentsatz jede Woche zum vereinbarten Lohn als Lohnzulage gewährt.“

Im „Vorwärts“ wird gleichsam durch die Ortsverwaltung des DMB. Berlins die Vereinbarung als ein großer Erfolg der Berliner Metallarbeiter gepriesen.

Was ist an dieser soviel gerühmten Wertbeständigkeit der Löhne in der Berliner Metallindustrie Wahrheit, was Lüge? Die Antwort auf diese Frage erteilt der Verband Berliner Metallindustrieller in einem Rundschreiben an seine Mitglieder. Der über die Frage der Wertbeständigkeit handelnde Teil des Unternehmerzirkulars, das der „Köln. Fahne“ der bekannte günstige Wind auf den Tisch wehte, lautet wörtlich:

1. Die Vereinbarung über die sogenannte Wertbeständigkeit gilt nur für den Monat Juli, nicht länger.

2. Grundlage für die künftigen Verhandlungen ist nicht der amtliche Preisindex, sondern eine private, partielle Preisfeststellung, wobei eine Vereinbarung darüber, welche Quanten von Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln zugrunde zu legen sind, seither noch nicht getroffen ist.

3. Die Löhne für die künftigen Wochen erhöhen sich nicht etwa automatisch mit der Steigerung der Preise, vielmehr bilden die Preise nur eine Unterlage. Die Löhne selbst werden nach wie vor wöchentlich in freier Verhandlung vereinbart. Mündlich wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Lohnberechnung sowohl unter der festgestellten Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückbleiben, wie auch darüber hinausgehen kann.

4. Durch die Vereinbarung und insbesondere dadurch, daß weder veröffentlicht wird, welche Preise die Grundlage bilden, noch auch welche Preise sich bei der jeweiligen Feststellung ergeben haben, noch auch die Löhne automatisch mit den Preisen erhöht werden, wird der gefährlichste Nachteil einer geltenden Lohnkala, der darin besteht, daß die Preisfeststellungen sich nach dem Index richten, vermieden.

Zu VII. Die Bestimmung, daß die Arbeit am Samstag, den 12. Juli 1923, in den Betrieben wieder aufgenommen wird, hat sich, veranlaßt durch die nachträglich notwendig gewordene Abstimmung, nicht reiflos durchführen lassen, vielmehr dürfte in den weitesten meisten Betrieben die Arbeit erst am Freitag aufgenommen werden.

Zu VIII. Nur in denjenigen Betrieben, in denen der Streik von vornherein durch das Metallkartell sanktioniert worden ist, dürfen Maßnahmen gegen streikende Arbeiter nicht stattfinden. Es handelt sich hier also nur um diejenigen Betriebe, bei welchen die Arbeitnehmer mit Zustimmung der Streikleitung des Metallkartells am Freitag, den 6. d. Monats oder später in Streik getreten sind. Belegschaften, die vor dem 6. Juli in Streik getreten sind, fallen nicht unter diese Bestimmung, auch wenn die Sanktion zum Streik nachträglich erteilt wurde. Das Gleiche gilt auch für alle übrigen Streiks, für die die Sanktion erst nach dem Tage der Vereinbarung vom 9. Juli erteilt wurde oder noch erteilt werden sollte.

Aus diesem Unternehmer-Rundschreiben ist zu ersehen, daß alle schon in der Besprechung die Dörmann und Ulrich über die automatische Anpassung der Löhne an die Preissteigerung machten, ein glatter Schwindel waren. Um die Berliner Metallarbeiter einzulösen, von der berechtigten und ausichtsreichen Fortsetzung des Kampfes abzugelenken, so bewußt oder unbewußt die Geschäftsführer der Berliner Metallindustriellen zu bezorgen, haben sie bewußt gelogen.

Uns scheint es, als ob der Vorstand des DMB. keine für die Mitglieder so verderbliche Politik überhaupt nur noch durch Lügen und

Irreführungen der Mitglieder vertreten kann. Auch A. Brandes, ein Vorhändler des DMB., nimmt es mit der Wahrheit nicht allzu genau. In einer DMB. Versammlung am 9. Juli in Brandenburg a. Havel versuchte er, die Haltung des Vorstandes im süddeutschen Metallarbeiterstreik mit nicht einmal klugen Unwahrheiten zu rechtfertigen. Nach Brandes soll unser Genosse Walcher irgendwo gelagt haben: Der Vorstand hat im süddeutschen Metallarbeiterstreik alles getan, was er tun konnte, auch wir hätten nicht anders handeln können. Genosse Walcher stellt gegenwärtig im Ausland, ist also selbst außerlands, dieser auf den ersten Blick erkennbaren Lüge entgegenzutreten. Deshalb erteilen wir die Antwort, wir sind dazu durchaus befähigt, weil wir die Stellungnahme unseres angehenden Mitglieds genau kennen und weil er die tendenziöse Fälschung des Vorstandes im süddeutschen Metallarbeiterstreik für völlig unzulänglich hielt. Mit uns verlangte Genosse Walcher, daß an Stelle des reinen Lohnkampfes, den die süddeutschen Metallarbeiter den Angriffen der Unternehmer auf den Achtstundentag entgegenstellten, ein süddeutscher Generalkrieg aller Arbeiter geführt werden müßte. Die gesamte kommunistische Presse hat damals diesen Standpunkt verhört, im Vorstand des Metallarbeiterverbandes jedoch lauten Ohren gepreßt. Dadurch erbeite der süddeutsche Metallarbeiterstreik mit einer Niederlage der 10-12 Wochen geschlossen wie eine Mauer kämpfenden 150 000 Metallarbeiter.

Schon damals hat der Vorstand der Arbeiteröffentlichkeit einzureden versucht, daß durch den Abschluß des Kampfes ein voller Erfolg für die Sache der Arbeiter errungen wurde. Dem gegenüber aber steht fest, daß das eigentliche Ziel des Kampfes, die Erhaltung der Achtstündigen Arbeitswoche, fallen gelassen wurde. Um die süddeutschen Metallarbeiter für den Streikabbruch zu gewinnen, wurden sie mit einer raffiniert formulierten Vereinbarung, die der Vorstand des DMB. noch wochenlang in der Metallarbeiter-Zeitung als „großen Erfolg“ in die Welt hinausposaunte, schamlos hinter sich geführt. Diese unsere Auffassung stütze sich auf ein Rundschreiben der hiesigen Metallindustriellen, in dem es heißt:

Sobald der Betrieb wieder im Gang ist, wird der DMB. seinen Mitgliedern nahelegen, die Ausdehnung der Arbeitszeit bis 48 Stunden zu verlangen, wogegen der Arbeiterrat kein Einspruchsrecht hat. Diese drei Maßnahmen sollen nicht durchgeführt werden.

Die gewählte Formel war aus zwingenden tatsächlichen Gründen notwendig, weil unter allen Umständen dafür gesorgt werden mußte, daß die Annahme in der Abstimmung durch das Eintreten der Gewerkschaftsführer gesichert ist und daß die Rückkehr zur Arbeit nicht unter einer Mißstimmung der Arbeiter erfolgt, welche produktiv hemmend gewirkt hätte.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes scheint eine bestimmte Methode zu belügen, Vereinbarungen so zu formulieren, damit die Arbeiter nicht merken, wie sie den Schwarzmaergelüsten der Unternehmer ausgeliefert werden.

Metallarbeiter! Erkennt an diesen beiden Vorgängen, die sich im kleineren Maßstabe an jedem Orte vervielfachen lassen, wie der Reformismus zum Schaden der Arbeiter dem Unternehmertum in die Hände arbeitet, um dem großen, unermesslichen Entschädigungskampf zwischen Kapital und Arbeit auszuweichen. Die Metallarbeiter haben es am 22. oder 23. Juli bei der Wahl der Delegierten in der Hand,

Abrechnung mit dieser Sorte Führer zu halten. Wer nicht jetzt noch in letzter Stunde unter seinen Arbeitkollegen richtige Propaganda für reiflose Wahlbeteiligung entfaltet, wer nicht selbst zur Wahl geht und seine Stimme der Kandidaten der Opposition gibt, macht sich mitschuldig, wenn nach Cassel berichtet, die Metallarbeitergewerkschaft schädigende Verhandlungen fortgesetzt werden können.

Ueber die Ursachen des Transportarbeiterstreiks

Verbreiten bürgerliche Schwindelblätter irreführende Angaben. Der Deutsche Verkehrs- und Geschäftsbund Breslau, stellt demgegenüber folgende Tatsachen fest:

Die Arbeitnehmer im Fuhrergewerbe standen seit Jahren mit dem Arbeitgeberverband für das Transport- und Verkehrsgewerbe im Tarifverhältnis. Dessenverhältnisse schloß über die Provinz Nieder- und Oberschlesien. In den letzten Monaten waren die Löhne gegenüber der anderen Arbeitnehmerschaft um ein erhebliches zurückgeblieben und stehen auch heute noch ganz wesentlich unter dem Durchschnitt. Die Arbeitgeberchaft hatte dieses tarifliche Zurückbleiben bezüglich der sozialen Einrichtungen einzuführen. Die Arbeitnehmerschaft hatte Veranlassung genommen, Aufbesserungsbeiträge bezüglich der Lohnhöhe und der sonstigen Spesen gelber usw. zu machen.

Bei der nun folgenden Verhandlung hatte die Arbeitgeberchaft auch zwei Vertreter des Christlichen Verbandes der Fabrik- und Transportarbeiter zu den Verhandlungen geladen. Es stellte sich nun heraus, daß der Arbeitgeberverband durch seinen Syndikus, Herrn Reichsantwalt Rathen, ohne dem Deutschen Verkehrs- und Geschäftsbund irgendwelche Mitteilungen zu machen, seit über Jahr und Tag den abgeschlossenen Tarifvertrag von den Christlichen ebenfalls anerkannt ließ. Wegen dieser Handlungsweise erhoben die Vertreter des Deutschen Verkehrs- und Geschäftsbundes Protest und erklärten, unter diesen Umständen sich nicht mit ihnen an einen Tisch setzen zu können, zumal die Christlichen Vertreter auch nicht mit einem Wort sich in dieser Angelegenheit an die Gewerkschaft des Deutschen Verkehrs- und Geschäftsbundes gewandt hatten. Nach dem die Christlichen Vertreter erklärten, daß sie in Oberschlesien (Rosenberg) und Habelschwerdt einige Mitglieder haben, wurde vom Deutschen Verkehrs- und Geschäftsbund mitgeteilt, daß unter Berücksichtigung auch dieser Frage, nachdem festgestellt, daß kaum ein Duzend Fabrikarbeiter in Frage kommen, wie im Transportgewerbe mit ihnen nicht verhandelt könnten. Daraufhin lehnte die Arbeitgeberchaft eine Verhandlung ab. Ein nochmaliges Befragen des Leiters der Verwaltungsstelle Breslau, ob sie mit Breslau persönlich verhandeln wollten, wurde ebenfalls abgelehnt. Der Schlichtungsausschuß, von den Arbeitgebern angerufen, fällt einen Spruch, über dessen Zustandekommen an anderer Stelle gesprochen werden wird, der zum Ausdruck bringt, daß mit den Christlichen ver-

Das Mittelmeer im Juli

Roman von Concha Espina

Im Zimmer ist es sehr heiß. Ohne die Lampe anzuzünden, setzt sich Rosario auf das zerrissene und ziemlich speditiv-armelige Sofa.

Das junge Mädchen ist frei von gewöhnlicher Fiererei. Von ihrem Platz am offenen Balkon aus überblickt sie die stille Straße, die sich in einer Carven verliert, und der erhabenen Streifen des Himmels, den die Sterne erhellen. Schnelldringend horcht sie hinaus in die Freiheit, nach Klarheit und untrübsamer Ruhe, eine ungewisse Zone, von deren fernem Klagen des Windes über den Wellen oder das zarte Klagen der Gestirne im blauen Raum ist.

Die Reisende fühlt sich im Tiefsten bewegt. Sie möchte weinen und lachen zugleich, und schon kommen ihr Zweifel, ob dieser dumpfe und wirre Rhythmus, der sie im Bann hält, nicht dem heißen Pulsschlag ihres eigenen jungen Blutes entsprang.

Die Erinnerungen der letzten Reise jagen einander in ihrer Phantasie und vermischen sich mit den veränderlichen Bildern der Küstenlandschaft — den ausgebreiteten Wasserarmen, den schlafenden Buchten, dem kaum bemerkbaren Seufzen der Felsen — bis schließlich alle ihre Gedanken die bewegliche Umföhr des großen Hafens annehmen und sie ihr Schiffelein in die gewundenen Riale des Lebens eingetaucht glaubt, wo sie es durch unbekannte Gewässer steuern muß, vorbei an sich ins Ende des verheerenden Meeres.

Ein Uhr in der Nachmittagszeit verläßt die späte Nachstunde.

Rosario blüht zum Himmel auf, dessen Anblick von Bienen wie von einem Nabeln erfüllt wird. Sie spricht in Gedanken einen Namen aus, der ihren Namen noch nicht ist und schließlich die Ballasttür halb, um sich zur Ruhe zu begeben.

Nachdem Ehe und Garzillan eintrame, friedliche Straßen durchquert hatten, kamen sie über andere, weniger laubere und anstößige, zum Hafen, wo ein luxuriöses Gebäude in hellen Licht strahlte. Mober dem Eingang trägt es in großen Lettern die Aufschrift: „El Vaiven“.

Sie begeben sich ins Innere und verlieren sich in einen ungeheuren prächtig ausgeschmückten Saal, von riesigen Säulen, dessen breite, hohe Fenster der frischen Seeluft geöffnet sind. Das Lokal dehnt sich weit hin und ist mit einer Bühne ausgestattet. Eine ungeheure Anzahl von Tischen, Stühlen und Stühlen dient der Aufnahme der tanzenden und spielenden Gäste, ohne daß der Platz für die tanzenden Paare dadurch beeinträchtigt würde.

Sie lächeln, die sie sich aus den denkbare verführerischen Geschöpfen der Welt zu sammeln, erfüllt den Raum. Alle Rassen, alle Völkern, haben hier Zeichen, Stimme und Gebärde. Und alle die eigenartigen Typen dieses widerlichen Völkchens tragen an der Brust in Haar und Händen eine Blume. Strunzende Verkäuferinnen bieten unauffällig die dufenden Zweige in großen Körben feil und niemand weiß die liebliche Ware zurück, die einen Tropfen Reinheit in die Latenzhöhle gießt.

Sie muß hat einen Augenblick geschwiegen, und das Stimmengewirr schwillt an, von dem lauten Ritzern der Klavier, den Flöhen der Beiruten, dem Kreischen der Frauen durchzieht.

Sie ist ein Buschen voll Blüten des Saales, es sind hlanke Gestalten mit semitischen olaffen Gesichtern und südlichen Augen; sie tragen glanzvolle Wägen, getriebenes Haar, zierliche mit Girten und aufgeschlagene ordentliche Hüte. Von den Frauen, die sie mit einem sonderbaren Gesicht von Kastorhaare, ein Lederhaat und Graufamkeit mischenden und aufzugen, werden sie vergöttert und häufig geritten mit den Stühlen aneinander, die am Abend mit Huren und Straßendrüsen Ausgang suchen und mit ihrer Schönheit und ihrer Schönheit prahlen.

Auch die, die in der Versammlung in der Mitte der, eben der des bedürftigen

und gutmütigen Andalusiers, dieses unermüdeten Trübs und gefährlichen Schwärmers mit dem klaren, der rauhen Stimme und dem scharf kulturell gesprochenen „j“. Einige förmliche Herren, die sich aus sich herausgehen, schließen sich den Gruppen der in Stauern erstarren Bauern und bleichen Bergleute an, dem gewöhnlichen, namenlosen Haufen ohne eigenes Gepräge und besondere Nuance. Und in dem bunten Gewimmel herrschen die Fremden vor: die Matrosen der Schiffe, die vom Odell in die großen Fabrikgärten von Lancaster und Pennsylvania, diese mächtigen Industriedeuten der Welt, Mineralien bringen.

Denk das „Bauen“ ist ein Ballast, der sich bei den Matrosen zwischen Philadelphia und Bremen, Antwerpen und Liverpool großer Beliebtheit erfreut. Er wird von Männern befehligt, die feuerrote Gesichter, blaue Hilde und gelbe Schöpfe haben, die wie Goldhelme aussehen; von den Söhnen des Sees, den Flüchtlingen aus dem Nordmeer; temperamentvoller Nordamerikaner, die in den Augen das stolze Bild ihres ehernen Neuport tragen; von Negern, die sprechend sprechen und englische Sieder singen; von Franzosen, Desterreichern, Magyaren, Launen, melancholischen Chinesen, die den melodischen Klang ihrer schlüßigen Sprache hören lassen; von Griechen, Deutschen, Italienern. Sie verbrüderlich untereinander, und es herrscht unter ihnen ein Friede, der furchtbarer ist als Krieg, weil ihre Körper sich vereinen, während die Seelen sich fliehen, weil die Bestie sich wild im Schmutz wälzt, indes der Geist tausend Lode flirrt.

Die Frauen, die hierher allen trifft das traurige Los, sich in heißer Sonnenhitze mit allen Rassen des Planeten zu vereinigen, wenn sie beim Handel mit ihren tierischen Instinkten von einem Manne zum anderen taumeln, ohne gut und schlecht unterscheiden zu können. Es sind überwiegend rote Gesichter, die ihr schändliches Gewerbe mit passiver Gleichgültigkeit ausüben, ohne sich ihres Duns bewußt zu werden. Sie gehen weder, noch werden sie gehen durch die Hände der Schatzmann-

schaften, die ihnen mit ihrer Löhnung die Dollen füllen; das ist das einzige, was sie wissen schön sind sie nicht; denn ihr Auseres erbspricht ihrem stumpfen, when Geist. Nur in Ausnahmefällen berührt er die Hygienischen oder Entarteten einen ergreifenden Jauber und erregen einen Schatten von Teilnahme; sie sind es, die sich blümpeln verleben und gelegentlich werden oder Selbstmord begehen.

Die Musik erkönt wieder, und wie ein Sturmwind ergreift ein frenetischer Zaumel Männer und Frauen und stößt sie umschlungen, in den unentwirrbaren Strudel hinein.

Sie ungeheuren Ausdehnung des Saales gestattet den Paaren sich abzupendeln, sich zu verbergen, die Gruppen, von denen sie ausgegangen sind, zu meiden und auf diesem riesigen Markt des Kastors in einem fernen Winkel zu verschwinden.

Das Getümmel wüßt und wird durch das Singen der barba icher Elemente entzweit. Hier singt ein Neger eine schrille, einmütige Welt als Begleitung zu seinem nubischen Tanz; dort beginnt ein spanischer, lebhafter Paard in Hemdsärmeln einen athletischen Tanzschritt, in dem er die Beine in schnellem Muskelviel überkreuz beugt. Vielleicht stammt dieser Tänzer von den rauhen geschmeidigen Comboys ab; diesen modernen Rentauern und Büffeljägers die auf ihren ungeheuren jungen Pferden über die Steppen des goldenen Westens jagen. Hier macht ein hübscher, treuherziger Deutscher unter dem Einfluß des feurigen spanischen Weines plumpe Sprünge. Die Frauen trinken, tanzen und lachen.

Zugleich mit Manzanilla und Cherry machen Brandt und Whisky, Gin und Stout, Brandy und Cognac, das Casino und der herbstliche Mollagen die Runde.

Zwischen den waghalsiger Korpsanten und den betrunkenen Tänzer gleitet in laßiger Verschlingung ein Paar dahin; ein fecker Busch und ein Mädchen, das einer Figueurin gleicht. Sie umschlingen und lösen sich mit lächerlicher Stimmlichkeit und bringen in den ruhigen Zug der Habanera die pittoreske Note ihrer verbotenen Kunst.

(Fortsetzung folgt)

